# **Bürgerbrief** für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juli 2023

stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder. Das politische und weltanschauliche Selbstverständnis des Redaktionsteams sowie das <u>Impressum</u> mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Hinweis: Die einzelnen Texte

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@bürgerbrief-für-friedenund-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

#### Inhalt dieser Ausgabe

- Editorial
- Ralf Wurzbacher: Ralf Lankau: Technischer Fortschritt ohne Technikfolgeabschätzung führt ins Desaster
- Felicitas Rabe: Zum Abschied der weltbekannten Ökofeministin und Globalisierungsgegnerin Maria Mies
- Daniel Ellsbergs langer Weg zum mutigen Werk
- Helmut Scheben: Glauben an etablierten Medien verloren
- Th. Kaiser: Ukraine: Der Krieg dauert an, die Opferzahlen steigen, Waffen werden geliefert und kein Ende absehbar
- Karin Leukefeld: Wie der Tod den Krieg überlebt
- Ted Snider: Während der Westen den Sieg in der Ukraine anstrebt, strebt der globale Süden nach Frieden
- Zur Nationalen Sicherheitsstrategie Deutschlands
- O. Lafontaine: "Grüne sind der US-Politik unterworfen"
- S. Dagdelen: Neutralität u. Frieden statt NATO u. Krieg
- U. Heyden: Der Journalist Pawel Wolkow über seine Flucht aus der Ukraine, ...
- A. Neu: ... Europas Weigerung, erwachsen zu werden
- Pankaj Mishras Gedanken zur Weltordnung im Wandel
- Christian Fischer: Pro und Contra zu Bürgerräten
- Zu der Debatte zum Gebäudeenergiegesetz im Bundestag
- Lauterbachs katastrophale Reformpläne stoppen

Zitat des Monats von einem Kuhhirten in Dagestan (an Dirk Pohlmann gerichtete Frage):

Dann sagen Sie mir doch bitte, warum die Deutschen glauben, dass die Amerikaner ausgerechnet mit ihnen, und dann auch noch als Einzigen auf der Welt, etwas Gutes vorhaben?

#### **Editorial**

Diese Ausgabe beginnen wir mit einer Studie, die sich mit den **Gefahren der Künstlichen Intelligenz** vor allem im Bildungsbereich auseinandersetzt. Prof. Ralf Langkau erläutert, dass damit die **Persönlichkeitsentwicklung** der Heranwachsenden nachhaltig gestört werden kann.

Als Beispiel einer überzeugenden Persönlichkeit wird an die verstorbene **Prof. Maria Mies** erinnert, die, auf einem Bauernhof in der Eifel aufgewachsen, für viele Menschen im globalen Süden eine große Ermutigung und praktische Helferin war. Auch an den verstorbenen **Daniel Ellsberg** wird erinnert, der sich zu einem herausragend mutigen Menschen entwickelt, die Verbrechen der US-Regierungen im Zusammenhang mit dem Vietnam-Krieg aufgedeckt und damit politischen Einfluss genommen hat. Im nächsten Beitrag schildert Helmut Scheben, dass heute von den etablierten Medien solch **aufklärender Journalismus** über verschiedene Wege behindert wird.

Dass ein **Eintreten für den Frieden** gerade heute im Angesicht von Kriegen notwendig wäre - daran erinnert eindrucksvoll Thomas Kaiser. Die nächsten Beiträge beschäftigen sich mit den aktuellen Kriegen. Karin Leukefeld berichtet vom Nahen und Mittleren Osten, wo sich inzwischen Staaten zu gegenseitigem **Dialog und Kooperationen** bereit zeigen. Diese Entwicklung gilt auch für den globalen Süden, dessen Stimmen sich **für Frieden in der Ukraine** einsetzen. Die neu vorgelegte Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung setzt jedoch andere Prioritäten. Oskar Lafontaine und Sevim Dagdelen kritisieren die **keineswegs friedensorientierte Haltung des Westens** zum wiederholten Mal. Dass **mit zweierlei Maß gemessen** wird, erfahren wir auch in dem von Ulrich Heyden geführten Interview mit einem aus der Ukraine geflüchteten Journalisten.

In einem Überblick illustriert Alexander Neu die **politische Abhängigkeit Europas von den USA** und Pankaj Mishra entwickelt in einem Interview auch aus historischer Perspektive interessante Gedanken zu einer anderen **Rolle, die Deutschland einnehmen könnte**.

Im letzten Schwerpunkt blicken wir auf Deutschland. Das neue "Demokratieformat Bürgerräte", das der Bundestag zum Thema "Ernährung im Wandel" nutzen wird, wird von verschiedenen Seiten kritisiert. Die Debatte über das Gebäudeenergiegesetz wird auch vor dem Hintergrund beleuchtet, dass die These des menschengemachten Klimawandels nicht mehr zu halten ist. Abschließend werden die aktuellen Krankenhausreformen kritisch betrachtet.

Inhalt 1

### Ralf Wurzbacher: Ralf Lankau: Technischer Fortschritt ohne Technikfolgeabschätzung führt ins Desaster

Der Pädagoge, Medienwissenschaftler und Buchautor Ralf Lankau äußert sich im Interview zur Künstlichen Intelligenz (KI) und zu dem sogenannten "Chatbot ChatGPT". Für Lankau dient KI in erster Linie dazu, die Rechensysteme leitungsfähiger zu machen. Auch die schnellsten Bots setzen Worte mit statistischen Methoden zu einem Text "zusammen, ohne die Inhalte oder die Bedeutung von Worten und Sätzen oder die Funktion von Kommunikation zu kennen". Aus

Bequemlichkeit lasse sich der Mensch gerne "von der Simulation von vermeintlicher Intelligenz durch Bots so leicht blenden". Aber der Mensch müsse sich fragen, wie selbstbestimmt er leben will und ob es sinnvoll ist, sich auf einen "Wettbewerb" mit Maschinen einzulassen.

Lankau weist auf die negativen Aspekte von Anwendungen wie ChatGPT hin. So könne die "empfindsame Situation zwischen Vater, Mutter und Kind" beim Vorlesen von Geschichten zum Einschlafen nicht übertragen werden. Beim Lernen sei der Nutzen eher negativ oder nicht nachgewiesen. Das Benutzen von Anwendungen wie ChatGPT führe zu einem Hase-Igel-Spiel ohne pädagogischen Nutzen. "Sinnvoller ist es zu vermitteln, dass es eine eigene Qualität und ein freudiges Erlebnis ist, etwas gelernt oder selbst gemacht zu haben, ein Bild zu malen, einen Text zu schreiben, eine Matheaufgabe zu lösen, ein Instrument zu spielen. Und auch zu vermitteln, dass Lernen anstrengend sein kann, aber Anstrengung Freude macht. Zum Erfolg gehören Übung, Ausdauer und Disziplin notwendig dazu. Ziel muss daher sein, für Inhalte, Themen, Fächer zu begeistern und zu eigener Leistung zu motivieren und zu inspirieren." Das seit den 1970er-Jahren stattfindende Beschädigen des Ansehens und Leugnen der Aufgaben von Erziehern/Lehrkräften habe nach IQB-Bildungstrend dazu geführt, dass immer mehr Kinder nach vier Jahren Grundschule die Mindeststandards in Lesen, Schreiben, Rechnen und Zuhören nicht mehr erreichen. Lankau verweist auf das Buch von Silke Müller "Wir verlieren unsere Kinder" und der Suchtgefahr durch Mediennutzung.

Aber das größte Problem sieht er in der sozialen Spaltung der Gesellschaft durch Nutzen von digitalen Geräten und Unterrichtsmethoden wie selbstorganisiertes Lernen, durch die Kinder und Jugendliche aus nicht bildungsaffinen Elternhäusern abgehängt werden. Dies geschehe in einer Zeit, in der Bildung und Allgemeinbildung ebenso wie Fachwissen und das Verstehen von Zusammenhängen immer wichtiger werden. Lankau verweist darauf, dass in Zukunft die Kinder durch "ein vollständig intransparentes und rein kommerzielles IT-System" unterrichtet werden sollen. "Da ein Umdenken von Seiten der Kultusministerien nicht zu erwarten ist, weil dort Lobbyisten ihre Interessen durchsetzen, bleibt nur eine (R)Evolution von unten, von den Schulen und dem einzelnen Klassenzimmer aus. Hier müssen sich Kollegien und Eltern darauf einigen, dass ihre Kinder keine 'Werkstücke' sind, die für einen Markt zugerichtet werden, sondern Menschen, die man auf ihr selbstbestimmtes und selbstverantwortetes Leben vorbereiten will. [...] Wir müssen uns auf allen Ebenen darauf besinnen, was Erziehen und Unterrichten bedeutet: Verantwortung für die nächste Generation zu übernehmen und sie in die Lage zu versetzen, dass sie ihr Leben eigenverantwortlich gestalten kann. [...] Technischer Fortschritt ohne Technikfolgeabschätzung führt ins Desaster." Zu dem ethisch Verantwortbaren habe z.B. der deutsche Ethikrat ein wichtiges Papier publiziert.

Im Interview mit Uwe Ebbinghaus kritisiert Ralf Lankau, dass Werkzeuge wie ChatGPT im Schulunterricht eingesetzt werden, bevor die Schüler das Verständnis für Technik hinter dem Werkzeug und für die Mechanismen, in die KI (Künstliche Intelligenz) eingebettet ist, erworben haben. Zudem fehlten den Schülern oft die Kriterien, das vom Werkzeug gelieferte Ergebnis beurteilen zu können. Lankau erinnert daran, dass "der eigentliche Lernprozess [..] doch immer das eigene Tun [ist], das ich mit ChatGPT vorenthalte". Den Schülern sei klarzumachen, dass sie im Umgang mit ChatGPT nichts lernen. Darum machen Hausaufgaben, zu deren Erledigung Schüler das Werkzeug einsetzen können, keinen Sinn. Es gehe in der Schule um individuelles Erarbeiten von Wissen oder Können. Um Menschen für ein Berufsleben, wo durch KI automatisierte Prozesse eingesetzt werden, zu qualifizieren, "müssten wir ihnen vorher die passende Sprache beibringen und größten Wert auf Wortschatz und Sprachvermögen legen. Um vernünftige Ergebnisse mit ChatGPT zu bekommen, muss ich präzise und logisch formulieren können, was ich will und was das Programm tun soll – und damit meine ich nicht das Coden, das kann die KI selbst übernehmen." Lankau erinnert an die Erkenntnis von Albert Einstein: "Wenn Sie möchten, dass ein Kind intelligent wird, lesen sie ihm Märchen vor. Wenn Sie möchten, dass ein Kind intelligenter wird, lesen Sie ihm mehr Märchen vor." Lankau warnt davor, "dass man Menschen schon sehr früh, schon in den Schulen daran gewöhnt, auf Maschinen zu reagieren und mit ihnen zu interagieren.

Damit entwöhnen wir uns von dem Umgang mit Menschen. Wir brauchen aber den permanenten Kontakt mit anderen Menschen – in der Schule, im Beruf und in der Wissenschaft." Die Kommunikation mit anderen Menschen sei ergebnisoffen, die mit KI niemals. Lankau sieht die Notwendigkeit, in qualifizierte Lehrkräfte und nicht in KI zu investieren.

<u>Ralf Wurzbacher</u>, Jg. 1973, freischaffender, konsumkritischer und antikapitalistischer Journalist mit Schwerpunkt Bildungs- und Hochschulpolitik. (Red.)

<u>Ralf Lankau</u>, <u>Jg. 1961</u>, ist Grafiker, Philologe und Kunstpädagoge. Er ist seit 2002 Professor für Mediengestaltung und Medientheorie an der Hochschule Offenburg. Er leitet die grafik.werkstatt, forscht zu Experimenteller Medienproduktion in Kunst, Lehre und Wissenschaft und publiziert zu Design, Kommunikationswissenschaft und (Medien-) Pädagogik. (Red.)

Inhalt û

# • Felicitas Rabe: Zum Abschied der weltbekannten Ökofeministin und Globalisierungsgegnerin Maria Mies

Die am 15.05.2023 im Alter von 92 Jahren verstorbene Professorin für Soziologie, Dr. Maria Mies, zeichnete sich nach Felicitas Rabe "insbesondere durch ihr weltweites Engagement für soziale Gerechtigkeit (Alternativlink in Englisch) und durch ihre bodenständige Kooperationsbereitschaft auf Augenhöhe aus. Auf einzigartige Weise verband die Soziologin ihre Forschungen zur Rolle der Frau, zur Ökologie, zur Ernährungssouveränität und zuletzt auch zu den Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung mit einem kontinuierlichen Engagement als politische Aktivistin. Schon lange vor der Etablierung des Internets trug sie wesentlich zur internationalen Vernetzung von Frauen- und Antiglobalisierungs-Bewegungen bei. Mit ihrer unerschütterlichen Zuversicht in die Wirksamkeit von politischem Engagement inspirierte und ermutigte sie Aktivisten auf der ganzen Welt. [...] Einer der ersten Nachrufe erschien am 17. Mai in der indischen Zeitung Indianexpress. In Indien und in vielen Ländern des globalen Südens wird das Engagement von Maria Mies für Frauen, für den Erhalt einer ökologischen Subsistenz-Landwirtschaft und für soziale Gerechtigkeit seit Jahrzehnten geschätzt." D. Vandana Shiva mit der Mies gemeinsam das Buch "Ökofeminismus" schrieb, ist überzeugt: "Maria wird durch ihre Ideen, ihren Aktivismus und unsere Freundschaft weiterleben."

Inhalt û

#### • Daniel Ellsbergs langer Weg zum mutigen Werk

Daniel Ellsberg, nach Jim Bovard einer der heldenhaftesten Wahrheitsverkünder unserer Zeit, ist am 16.06.2023 im Alter von 92 Jahren verstorben. Er riskierte lebenslange Haft, um während der Nixon-Regierung die "Pentagon Papers" zu veröffentlichen. Ellsberg versuchte, den Zauber zu brechen, den die offiziellen Lügen für so viele Amerikaner hatten. Dieses hehre Ziel ist nach wie vor nicht in trockenen Tüchern.

"Ellsberg war bis in die späten 1960er Jahre ein eifriger liberaler kalter Krieger. Im Jahr 1967 beauftragte das Pentagon hochrangige Experten mit der Analyse, was im Vietnamkrieg falsch gelaufen war. Die daraus resultierende Studie enthielt 47 Bände mit Material, das die intellektuellen und politischen Torheiten aufdeckte, die bereits Zehntausende von Amerikanern und eine Million Vietnamesen das Leben gekostet hatten. Nachdem die Studie fertiggestellt war, wurde sie an die wichtigsten Akteure, Bundesbehörden und das Weiße Haus verteilt – und völlig ignoriert." Ellsberg lernte aus diesen Dokumenten, dass es in den USA eine Machtkonzentration bei Präsidenten gab, die diesen korrumpieren musste. Er lernte daraus auch, dass die Medien unter dem auf sie ausgeübten Druck beschönigend und falsch berichteten. Ellsberg ließ die Dokumente der 'New York Times zukommen, die ab 1971 begann, diese auszugsweise zu

veröffentlichen. Für Hannah Arendt offenbarten die "Pentagon Papers", wie "schiere Unkenntnis aller relevanten Fakten und bewusste Vernachlässigung der Nachkriegsentwicklungen zum Markenzeichen der etablierten Doktrin innerhalb des Establishments wurde".

Bei einer juristischen Auseinandersetzung um die Papiere erklärte der Richter des Obersten Gerichtshof, dass eine freie Presse "die Pflicht hat, jeden Teil der Regierung daran zu hindern, das Volk zu täuschen und es in ferne Länder zu schicken, damit es an fremdem Fieber und fremden Schüssen und Granaten stirbt". Das danach von der Nixon-Regierung eingereichte Klageverfahren wegen Spionage, brach in sich zusammen, nachdem der Richter von den endlosen illegalen Machenschaften des Weißen Hauses unter Nixon gegen Ellsberg erfahren hatte. Ellsberg erklärte zu Beginn dieses Verfahrens: "Dies war für mich ein Akt der Hoffnung und des Vertrauens. Der Hoffnung, dass die Wahrheit uns von diesem Krieg befreien wird. Ich vertraue darauf, dass informierte Amerikaner ihre öffentlichen Bediensteten anweisen werden, mit den Lügen aufzuhören und das Töten und Sterben der Amerikaner in Indochina zu beenden."

Jim Bovard stellt abschließend fest: "Vielleicht ist der intellektuell-kulturelle Trend zur Unterwürfigkeit zu stark, um von Whistleblowern wie Ellsberg, Julian Assange oder Edward Snowden umgedreht zu werden. Unabhängig davon kann die Aufdeckung von Lügen und Verbrechen der Regierung eine eigene Befriedigung sein. Und wenn genügend mutige Leute Regierungsgeheimnisse aufdecken, wachen die Amerikaner vielleicht endlich auf und wir können Washingtons Blechdiktatoren an die Leine legen."

Nach Robert C. Koehler hat Daniel Ellsberg, der als Pentagon-Berater in der Denkfabrik 'Rand Corporation' arbeitete, den Krieg in Vietnam zwei Jahre lang selbst erlebt und studiert, aber auch die Menschen in Vietnam erlebt, dort eine Freundschaft geschlossen. Ellsberg erkannte auch unter Nutzung der über die Jahre von 1945 bis 1967 erstellten Dokumente, dass es bei diesem Krieg "keine Aussicht auf irgendeinen Fortschritt" gab, "also sollte der Krieg nicht fortgesetzt werden." Ellsberg: "Vietnam wurde für mich sehr real." Die Dokumente haben ihm gezeigt, dass jeder US-Präsident in diesem Zeitraum um die Sinnlosigkeit dieses schrecklichen Krieges wusste und ihn trotzdem fortsetzte.

Zu Daniel Ellsberg haben Judith Ehrlich und Rick Goldsmith den Dokumentationsfilm "Der gefährlichste Mann in Amerika" (1h31) produziert. In dem Film wird deutlich, wie sich die anfängliche den Vietnam-Krieg befürwortende Haltung Ellsbergs, der sowohl im Pentagon als auch bei der 'RAND Corporation' arbeitete, nach ca. zwei Jahren Vietnamkrieg wandelte. Nach 5 Jahren Vietnamkrieg entschloss er sich, die streng geheimen Pentagon-Papiere der 'RAND Corporation' für die Veröffentlichung im US-Kongress zu kopieren. Aber viele Abgeordnete wollten nichts mit den Papieren zu tun haben. Ellsberg entschloss sich 1971 die Papiere an die 'New York Times' weiterzugeben, die sie nach anfänglicher Verunsicherung sukzessive veröffentlichten. Die 'Washington Post' und dann weitere Zeitungen setzten die Veröffentlichung fort, obwohl auch sie juristische Probleme zu befürchten hatte. In dieser Zeit musste Ellsberg im Untergrund verschwinden. Ellsberg wurde wegen nicht autorisierten Besitzes der Papiere und später weiterer Vorwürfe unter Anklage gestellt. Der Oberste Gerichtshof betonte die Pressefreiheit und sah von einer Verurteilung der Zeitungen ab. Das Verfahren gegen Daniel Ellsberg und den Mitangeklagten Anthony Russo wurde vom zuständigen Richter wegen der Manipulationen des Pentagons für gescheitert erklärt. Daraufhin strich der Kongress die Gelder für den Vietnamkrieg. Präsident Nixon trat 1974 zurück und der Krieg in Vietnam endete neun Monate später.

<u>James Bovard</u>, Jg. 1956, ist ein US-amerikanischer Journalist, Bestseller-Autor, Lehrer und Libertär, dessen politische Kommentare auf das Aufzeigen von Beispielen für Staatsverschwendung, Fehler und Machtmissbrauch der (US-)Regierung abzielen. (Red.)

<u>Robert C. Koehler</u> ist Autor, Reporter und Redakteur mit langjähriger Erfahrung und verschiedenen Auszeichnungen. Er bezeichnet sich selbst als Friedensjournalist. (Red.)

Inhalt û

#### • Helmut Scheben: So verlor ich den Glauben an die etablierten Medien

Der gelernte Journalist und sehr erfahrene Reporter und Redakteur Helmut Scheben holt sich morgens seine Zeitung mit "einem leisen Kontrapunkt aus Widerwillen und Langeweile" aus dem Briefkasten. Denn die wirklichen Probleme der meisten Menschen werden "in unseren führenden Medien mit einem derart reduzierten Blickwinkel dargestellt, dass es mich fassungslos macht. Die Realitätsverweigerung erfolgt mit einer an Tollwut grenzenden Selbstverständlichkeit." An Beispielen zum Krieg in der Ukraine, in Jugoslawien (ab 1993), in Nahost (1991), zu 9/11 und zu Libyen (2011) belegt Scheben, wie einseitig, wie selektiv und bestimmte, beabsichtigte Feindbilder fördernd berichtet wird, wie die Medien verschweigen, wie die Medien versagen. Medien und Beiträge, die nicht die angesagte Propaganda weitergeben, werden verboten bzw. gelöscht. Auf Führungskräfte der Branche werde großer Druck ausgeübt, nicht wie gewünscht berichtende Journalisten würden gekündigt. Scheben erinnert an die Dokumentation von Uwe Krüger, die belegt, "dass die meisten Alphatiere der etablierten Medien Mitglieder in NATO- und US-affinen Institutionen sind". Dabei unterstellt Scheben den meisten Journalisten keine böse Absicht, da sie durch ihre Ausbildung in ihrer Vorstellungskraft, in ihren Erwartungshaltungen, in dem, was "wahr" ist, vorgeformt seien.

<u>Helmut Scheben</u>, Jg. 1947, studierte Romanistik. promovierte 1980. Von 1980 bis 1985 war er als Presseagentur-Reporter und Korrespondent für Printmedien in Mexiko und Zentralamerika tätig. Ab 1986 war er Redakteur der Wochenzeitung; von 1993 bis 2012 war er Redakteur und Reporter im Schweizer Fernsehen SRF. (Red.)

Inhalt û

# • Thomas Kaiser: Ukraine: Der Krieg dauert an, die Opferzahlen steigen, Waffen werden geliefert und kein Ende ist in Sicht

Thomas Kaiser setzt den Satz der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock "Unsere Waffen helfen, Menschenleben zu retten!" in Relation zu dem, wie Menschen, die Krieg wirklich erfahren, erlitten haben, zu dem, was Krieg wirklich bedeutet. Kaiser führt historische Beispiele an, die in Bildern und literarischen Werken ihren bewegenden Niederschlag gefunden haben, um zu zeigen, was mit Waffen angerichtet wird, "die angeblich Leben retten". Unter anderem zitiert Kaiser Ernst Tollers Konsequenz aus seinen Kriegserlebnissen: "Der Krieg ließ mich zum Kriegsgegner werden, ich hatte erkannt, dass der Krieg das Verhängnis Europas, die Pest der Menschheit, die Schande unseres Jahrhunderts ist."

Inhalt û

### • Karin Leukefeld: Wie der Tod den Krieg überlebt

Im Mittleren Osten spricht man wieder miteinander, aus langjährigen Gegnern werden Partner – dank der Initiative von Russland (Kollektives Sicherheitskonzept) und China (vermittelnde Gespräche). Die beiden Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran haben ihren Konfrontationskurs verlassen und nehmen wieder direkte diplomatische Beziehungen auf. Syrien ist wieder in der Arabischen Liga, und im Jemen kommt es zu Gefangenenaustauschen und Friedensgesprächen. Den Staaten der Region gehe es nun darum, die nach Karin Leukefeld unübersehbaren Probleme der Region zu überwinden. "Einzig Israel, wichtigster US-Verbündeter in der Region, bleibt außen vor." Durch die Kritik aus Washington, Brüssel, Berlin und anderen europäischen Hauptstädten lassen sich die nun kooperierenden Staaten nicht beirren, vielmehr werde versucht, auch diese Kritiker in den Dialog einzubeziehen. Vor allem gehe es darum die Krise in Syrien zu lösen, das Land wieder aufzubauen, Wirtschaft und Handel wiederzubeleben. Dem stehen nach Leukefeld allerdings die illegalen westlichen Sanktionen, die Besatzung des ressourcenreichen Nordostens

des Landes durch ausländische Truppen einschließlich der verbündeten Milizen sowie der illegale Abtransport von syrischen Öl entgegen.

Leukefeld verweist auf den jüngsten Watson-Bericht zu den Folgen der "Kriege gegen den Terror" in Afghanistan, Irak, Pakistan, Syrien, Jemen, Libyen und Somalia. Demnach sind allein in diesen Ländern 4,5 Millionen Menschen seit Beginn dieser Kriege durch deren Folgen getötet worden. Allein in diesen Ländern seien 7,6 Millionen Kinder im Alter bis zu fünf Jahren mangelernährt. Für die Kriege im Irak und in Syrien, die schätzungsweise 600'000 Menschen das Leben gekostet, mehr als 7 Millionen Binnenflüchtlinge und 8 Millionen ins Ausland geflüchtete Menschen bewirkt haben, werden die USA bis 2050 rund "2.89 trillions", also 2'890 Mrd. Dollar kosten. Im Irak kommt zu allem Elend noch das Problem dazu, dass weite Landstriche mit abgereicherter Uranmunition bombardiert wurde, was auch heute noch zu schweren Fehlbildungen führt.

<u>Karin Leukefeld</u>, Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

Inhalt û

# • Ted Snider: Während der Westen den Sieg in der Ukraine anstrebt, strebt der globale Süden nach Frieden

Nach Ted Snider hat der Globale Süden "eine ganz andere Sichtweise als der Westen, die zu einer ganz anderen Auffassung darüber führt, wie der Krieg beendet werden kann. Während der Westen sich weigert, die Kriegsparteien zu Verhandlungen über ein Ende des Krieges zu drängen und keine Friedensvorschläge unterbreitet hat, drängt der Globale Süden mit Nachdruck auf ein Ende des Krieges und hat mehrere Friedensvorschläge unterbreitet. Im Gegensatz zum Westen, der es vorzieht, den Krieg zu gewinnen, bevor er diplomatische Gespräche zulässt, befürwortet der Globale Süden einen Waffenstillstand, der den Krieg so schnell wie möglich beenden würde, um diplomatische Gespräche zu ermöglichen."

<u>Ted Snider</u> ist regelmäßiger Kolumnist über die US-Außenpolitik und Geschichte bei Antikrieg.com. Darüber hinaus schreibt er häufig für 'Truthout', 'Mondoweiss', 'CommonDreams' und andere Medien. (Red.)

Inhalt û

#### • Zur Nationalen Sicherheitsstrategie Deutschlands

Die am 14.06.2023 offiziell vorgelegte Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung verortet Deutschland fest im Machtkampf gegen Russland und gegen China und unterwirft die gesamte Gesellschaft einem alles umfassenden Begriff angeblicher Sicherheit. Wie es in dem Papier heißt, befinde sich die Welt aktuell "in einem Zeitalter wachsender Multipolarität". Während China "Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale" zugleich sei, sei Russland dagegen "auf absehbare Zeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum". Entsprechend bekräftigt die Sicherheitsstrategie, es gelte nun, die Bundeswehr umfassend aufzurüsten, sie "zu einer der leistungsfähigsten konventionellen Streitkräfte in Europa" und Deutschland zudem zur militärischen Drehscheibe für die NATO zu machen. Spezielle Bedeutung misst das unter Federführung von Außenministerin Annalena Baerbock erstellte Papier der Fähigkeit der Bevölkerung bei, im "Konfliktfall" jederzeit "die nötige Widerstandskraft … zu entwickeln". Dazu müsse "jede und jeder Einzelne" beitragen.

V.i.S.d.P.: Heinz Blessing-Reeckmann, Novalisstr. 12, 51503 Rösrath

Zur Nationalen Sicherheitsstrategie Deutschlands gab es am 19.06.2023 im Auswärtigen Ausschuss eine öffentliche Anhörung mit Experten. Als Sachverständige sprachen: Ursula Schröder (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Uni Hamburg), Guntram Wolf (DGAP), Christopher Daase (Goethe-Universität Frankfurt/ M), Christian Mölling (DGAP), Ralph Bossard (Einzelsachverständiger) und Reiner Braun (IALANA). Unter den ausgewählten Sachverständigen bestand weitgehend Konsens, dass die Bundesregierung mit dem vorgelegten außen- und sicherheitspolitischen Grundsatzdokument (20/7220) Bedrohungen angemessen abbilde, darunter explizit die Bedrohung der europäischen Friedensordnung durch Russlands Krieg gegen die Ukraine. Kritisch merkte ein Teil der Gäste an, dass die Strategie manches im Ungefähren lasse – u.a. mit Blick auf China – und insbesondere auch die Finanzierung im Unklaren bliebe. Ein anderer Teil der Experten vermisste hingegen die Antizipation einer europäischen Friedensordnung über die gegenwärtige Abschreckung gegenüber Russland hinaus. – Die Stellungnahme von Christian Mölling, die von Reiner Braun.

Für Thomas Röper wird in diesem Papier letztlich nur "die US-Politik nachgeplappert". <u>In dem Papier sei "kein einziges deutsches Interesse" zu finden</u>; es sei eine "Vasallenstrategie".

GFP, German-Foreign-Policy, eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

<u>Thomas Röper</u>, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite <u>www.anti-spiegel.ru</u>, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

Inhalt û

### • Tom J. Wellbrock: Oskar Lafontaine im Interview: "Grüne sind der US-Politik unterworfen"

Im Interview mit Tom Wellbrock gibt Oskar Lafontaine dem Westen eine Mitverantwortung für den Ukraine-Krieg, in dem seiner Meinung nach die USA gegen Russland kämpfen. <u>Lafontaine widerspricht der These, mit Waffenlieferungen könne man den Krieg beenden</u>. Vielmehr sei davon auszugehen, dass die Ukraine die Waffenlieferer für die Zerstörung der Ukraine verantwortlich machen. Die deutsche Außenpolitik folge einer Doppelmoral und nehme sich heraus, sich unter Verweis auf die Menschenrechte in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Aber eine Kritik an den USA, die "die Menschenrechte so unendlich mit den Füßen getreten" haben, sei nicht zu hören.

<u>Tom J. Wellbrock</u> ist Autor, Journalist, Sprecher und Blogger. Er ist Mitherausgeber der "<u>neulandrebellen.de</u>", Herausgeber des Podcasts "<u>wohlstandsneurotiker</u>" und vertont zahlreiche Beiträge der NachDenkSeiten. (Red.)

Inhalt û

#### • Sevim Dagdelen: Für Neutralität und Frieden statt NATO und Krieg

In ihrer Rede am 24.06.2023 in Dublin auf der Konferenz "Neutrality: Who Cares?" hat MdB Sevim Dagdelen <u>einen sofortigen Waffenstillstand und eine diplomatische Lösung um Ukraine-Konflikt gefordert</u>, der zu einem gefährlichen Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland geworden sei. Sie erinnerte dabei daran, dass bereits im März 2022 ein Abkommen vorlag, um diesen Wahnsinn zu beenden. Die Waffenlieferungen, wie die von britischen "Storm Shadow"-Raketen, und die vielfältige Kooperation der NATO-Staaten mit der Ukraine treibe die Eskalation

an und müssten daher gestoppt werden. Die Friedensinitiativen Brasiliens, Chinas und sechs afrikanischen Staaten seien zu unterstützen. Dagdelen sieht in der NATO kein Verteidigungs-, sondern ein Kriegsführungsbündnis. Die NATO sei auch kein Bündnis von Demokraten gegen Autokraten, wozu Dagdelen an die Mitgliedschaft von Portugal unter Salazar oder von Griechenland nach einem Militärputsch oder von der Türkei unter Erdogan oder mit dem Großziehen von ISIS in Syrien erinnerte. Dagdelen kritisierte auch das elfte Sanktionspaket der EU im Hinblick darauf, selbst Kriegspartei zu werden und die eigene Wirtschaft zu zerstören. Sie ermuntert Irland, seine Neutralität zu bewahren.

<u>Sevim Daqdelen</u>, Jg. 1975, Rechtswissenschaftlerin; Als Mitglied der Fraktion 'Die Linke' seit 2005 im Deutschen Bundestag. Gründungsmitglied vom "Bundesverband der Migrantinnen", Mitglied u.a. der "Informationsstelle Militarisierung" (IMI e.V.) und im Kuratorium "Freiheit für die Westsahara" e.V. (Red.)

Inhalt û

### Ulrich Heyden: Der Journalist Pawel Wolkow über seine Flucht aus der Ukraine, die Stimmung gegen Russen und seine Hoffnung auf die unter 20-jährigen Ukrainer

Der aus Saporischschja stammende Journalist Pawel Wolkow schildert im Interview mit Ulrich Heyden (Moskau), wie sich die Verfolgung von Andersdenkenden in der Ukraine seit dem 24.02.2022 verschärft hat. So seien russischsprachige Ukrainer wie er und seine Nachbarn auf der Straße so scharf angegangen und bedroht worden. Sie hätten sich rechtzeitig entschlossen wegzuziehen, denn wenige Tage später sei der Ausnahmezustand verhängt worden und der ukrainische Geheimdienst habe Menschen wie sie in den Wohnungen geschlagen und ohne Begründung oder seit Februar 2022 als "Kollaborateur" verhaftet. Im November ist Wolkow und seinen Nachbarn über bestimmte, nicht-offizielle Korridore durch die Front die Flucht nach Russland gelungen. Wolkow zufolge gibt es in der Ukraine drei Kategorien von Gefangenen: Politiker, Journalisten und oppositionelle Aktivisten. Eine Liste der politischen Gefangenen werde von ihm und seinen Freunden erstellt, gepflegt und sei auf seinem Telegram-Kanal zugänglich. Menschenrechtsgruppen in der Ukraine fehlen nach Wolkow Geld und organisatorische Kraft, aus dem Ausland erhielten sie nur vereinzelt Unterstützung.

Wolkow betont, dass die russischen Ukrainer anders behandelt werden als z.B. in der Ukraine als ukrainische Bürger lebende Armenier, Juden, Griechen oder Deutsche. Für die ukrainischen Massenmedien seien die Russen schon vor 2014 historische Feinde der Ukraine gewesen. Vor dem 24.02.2022 habe es in der Ukraine 25%, in der Ostukraine 75-80% Russen gegeben. Die Polarisation habe vor allem in der älteren Generation stattgefunden. Wolkow geht davon aus, dass Menschen der jüngeren Generation um die 20, die nicht an die Front mobilisiert wurden, nach dem Krieg an einem friedlichen Zusammenleben interessiert sind. Frieden und Dialog seien sehr wichtig, da sehr viele Ostukrainer Verwandte in Russland haben.

<u>Ulrich Heyden</u>, Jg. 1954, studierte Volkswirtschaft und Mittlere und Neuere Geschichte; seit 1992 freier Moskau-Korrespondent für verschiedene Medien; hielt verschiedene Vorträge insbesondere zur Ukraine. Heyden wurde wegen kritischer Berichterstattung aus der Ukraine ausgewiesen; erhielt verschiedene Auszeichnungen. (Red.)

Inhalt û

#### • Alexander Neu: Europa, ein Vasall der USA? – Europas Weigerung, erwachsen zu werden

Der ehemalige einflussreiche US-Sicherheitsberater sowie Außen- und Geopolitiker Zbigniew Brzezinski hat 1997 in seinem Buch "Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft" zu Europa formuliert: "... ist der gesamte Kontinent von amerikanischen Vasallen

und tributpflichtigen Staaten übersät, ...". Der 'European Council on Foreign Relations' (ECFR), eine in Berlin sitzende Denkfabrik, sieht, dass der Krieg in der Ukraine die Abhängigkeit der Europäer bzgl. ihrer Sicherheit gegenüber den USA deutlicher gemacht und die Europäer zu US-Vasallen gemacht hat. Hinzu komme, dass sich die Europäer in entscheidenden strategischen Fragen nicht einig seien und gegenüber Washington unterwürfig. Der ECFR fordert nach Alexander Neu kein wirklich emanzipiertes Europa, sondern lediglich eine militärische Aufrüstung Europas. Neu kann auch seit dem Fall des Eisernen Vorhangs bei den Europäern keinen Willen erkennen, "die Sicherheit des eigenen europäischen Kontinents selbst und auch anders zu gestalten. Den USA wurde weiterhin die außen-, sicherheits- und geopolitische 'Carte blanche' überlassen."

Dass es zu dem "demonstrativen Verzicht auf souveräne Politik der europäischen Entscheidungseliten", der eigentlich der 'Charta von Paris' von 1990 widerspreche, gekommen ist, liegt nach Neu auch an der Widersprüchlichkeit dieser Charta. Darin werde einerseits festgelegt: "Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden." Aber anderseits finde sich auch die Formulierung: "In diesem Zusammenhang bekennen wir uns zum Recht der Staaten, ihre sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu treffen." Letztere Formulierung werde zu Lasten der ungeteilten Sicherheit aller Europäer als Rechtfertigung für die NATO-Osterweiterung genutzt. Für Neu ist es "völlig unverständlich, dass die Europäer sich bis heute außerstande sehen oder sich sogar verweigern, die alleinige Verantwortung für den eigenen Kontinent zu übernehmen". Zu Einzelfragen wie der Kündigung des INF-Vertrags verweigern die Europäer nach Neu jegliche Selbstbehauptung und überlassen den USA in jeder Hinsicht das Sagen. In den Forderungen des ECFR sieht Neu keinerlei Einsicht, "das anachronistische sicherheitspolitische Konzept der geteilten Sicherheit als gescheitert zu bewerten".

<u>Alexander Neu</u>, Jg. 1969, studierte politische Wissenschaft; promovierte 2004; 2000 bis 2002 und 2004 Auslandstätigkeit in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im ehemaligen Jugoslawien; 2006 bis 2013 Referent für Sicherheitspolitik bei der Fraktion 'Die Linke'; von 2013 bis 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages. (Red.)

Inhalt û

#### • Weltordnung im Wandel - Richard David Precht im Gespräch mit Pankaj Mishra

Über das Ende der westlich dominierten Weltordnung äußert sich der indische Schriftsteller Pankaj Mishra gegenüber Richard David Precht in einem Interview (Video <u>`Weltordnung im Wandel`</u> mit Live-Übersetzung, 43m30). Die USA, die in ihrem Auftreten ihrem trügerischen Selbstbild nachhingen, erscheinen ihm nicht mehr als demokratisches Vorbild. Heute gehe es darum, die Welt realistisch, ohne Narrative, ohne Phantasiegebilde wahrzunehmen. Die wichtigste Änderung vollziehe sich im Bewusstsein der Menschen, in der Forderung nach Achtung und Respekt. Dabei spiele auch eine Rolle, dass die Doppelmoral des Westens weltweit durchschaut wird. Mishra ist der Meinung, dass sich auch Deutschland, das für den modernen Sozialstaat stehe, vom Westen absetzen muss. Die Einigkeit des Westens sei nicht stabil, daher sollte sich Deutschland nicht daran festklammern. Schon ein anderer Präsident in den USA fordere von Deutschland eine Entscheidung, wie es sich zu China verhalten und gegenüber dem Rest der Welt aufstellen will. Eine konkrete Lösung des Problems sieht Mishra nicht, aber die Verflechtung Deutschlands und Europas mit den Wirtschaften Chinas und anderen Ländern dürfe nicht vergessen werden. Er erinnert daran, dass die Änderung der Politik eine Änderung des Denkens erfordert.

Pankaj Mishra hat zu der Thematik die Bücher "Begegnungen mit China und seinen Nachbarn" und "Aus den Ruinen des Empires. Die Revolte gegen den Westen und der Wiederaufstieg Asiens" geschrieben.

<u>Pankaj Mishra</u>, Jg. 1969, ist ein indischer Essayist, Literaturkritiker und Schriftsteller. Er schreibt seit über zehn Jahren regelmäßig für die 'New York Review of Books', den 'New Yorker' und den 'Guardian' über den indischen Subkontinent, über Afghanistan und China. (Red.)

Inhalt û

#### • Christian Fischer: Pro und Contra zu Bürgerräten

Seit wenigen Jahren hören wir von dem neuen "Demokratieformat" der Bürgerräte. In einem kurzen <u>"Zwischenruf" vom 29.05.2023</u> wird darauf Bezug genommen, indem ein Interview mit Claudine Nierth, Sprecherin von 'Mehr Demokratie e.V.', kritisch betrachtet wird. Darin wird nämlich eine Schwerpunktverlagerung dieses Vereins vom Engagement für Volksabstimmungen hin zu "Bürgerräten" deutlich. Dass damit ein fast schon strategischer Weg zu "weniger Demokratie" beschritten wird, zeigt Fischer im <u>Abschnitt "Bürgerräte"</u>.

Abschließend muss noch darauf hingewiesen werden, um der Wahrheit die Ehre zu geben, dass 'Mehr Demokratie e.V.' dennoch weiterhin für echte Formen der direkten Demokratie eintritt, zum Beispiel durch Organisation einer Volksabstimmung gegen die Abschaffung oder Erschwerung von Bürgerentscheiden durch die schleswig-holsteinische schwarz-grüne Regierung.

Susanne Gaschke stellt die politische Aktivität hin zu Bürgerräten in den Zusammenhang des Ansehensverlustes der Parteienherrschaft und vor allem auch der Ampelkoalition und findet es "seltsam", dass man mit 160 zufällig ausgewählten Bürgern die Demokratie stärken will, gleichzeitig aber eine höchst fragwürdige Wahlrechtsreform betreibt und Gesetze ohne ausreichende Beratung durchpeitscht. Dieses von der Bundestagspräsidentin protegierte "Demokratieformat" kann man nach Gaschke als Scheindemokratie, Schwindel und Bevormundung bezeichnen.

Es wäre zu wünschen, dass der Verein 'Mehr Demokratie e.V.' sich wieder intensiv und ausschließlich auf mehr echte Demokratie besinnt (Red.).

<u>Christian Fischer</u>, Jg. 1951, promovierter Ingenieur, zahlreiche Fachpublikationen in Bauphysik; politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften 'Zeit-Fragen', 'Zeitgeist.online'; Redaktionsmitglied beim 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)

<u>Susanne Gaschke</u>, Jg. 1967, ist eine deutsche Journalistin, Publizistin und Autorin. Von 1997 bis 2012 war sie bei der Wochenzeitung 'Die Zeit', von 2012 bis 2022 für 'Die Welt' und die 'Welt am Sonntag' tätig. Seit 2022 schreibt sie für die 'Neue Zürcher Zeitung'. (Red.)

Inhalt û

#### Zu der Debatte zum Gebäudeenergiegesetz im Bundestag

Bei der Beratung des Entwurfs zur Änderung des "Gebäudeenergiegesetzes" am 24.05.2023 im Bundestag sehen Fee Strieffler und Wolfgang Jung ähnliche Positionen zwischen den Fraktionen der Ampelkoalition und der Union: Öl- und Gasheizungen sollen in Zukunft verboten werden. Vor allem von den Linken werde eine sozialverträgliche Abfederung des teuren Totalverbots gefordert. Die FDP wolle den CO2-Ausstoß durch einen entsprechenden Emissionshandel bestrafen und so die Mittel für die Wärmepumpenförderung eintreiben. Nur der AfD-Abgeordnete Marc Bernhard habe den Regierungsentwurf für das Gebäudeenergiegesetz gut begründet abgelehnt und einen vollständigen Verzicht auf die "Wärmewende" gefordert. Bernhard habe an die Worte des entlassenen Staatssekretärs Graichen vor 10 Jahren erinnert: "Wir haben uns geirrt bei der Energiewende. Nicht in ein paar Details, sondern in einem zentralen Punkt. Die vielen Windräder und Solaranlagen, die Deutschland baut, leisten nicht, was wir uns von ihnen versprochen haben.

Wir hatten gehofft, dass sie die schmutzigen Kohlekraftwerke ersetzen würden. Aber das tun sie nicht "

Bernhard habe auch daran erinnert, dass die Ampelregierung den Bürgern verbieten will, mit Gas zu heizen, aber "die Regierung gleichzeitig 50 Gaskraftwerke bauen will, in denen man mit dreckigem Fracking-Gas den Strom erzeugen will, mit dem die Menschen zukünftig heizen sollen". Diese Umrüstung werde 2'500 Mrd. Euro (30'000 Euro pro Bürger) kosten. Dieser "Wahnwitz" sei nicht bezahlbar. Strieffler und Jung fragen sich, warum die Bundestagsabgeordneten nicht zugeben wollen, dass die ganze "Energiewende" auf einem Irrtum beruht, zumal "unabhängige Wissenschaftler doch längst und gerade wieder nachgewiesen, dass die These des IPCC, der Klimawandel werde durch das CO2 verursacht, das Menschen durch die Nutzung fossiler Brennstoffe freisetzen, nicht mehr zu halten ist".

Die Debatte des Bundestages vom 24.05.2023 ist dokumentiert im Bundestagsprotokoll  $\underline{20/105}$  (ab Seite 12698). Die am 05.07.2023 angenommenen Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Klimaschutz und Energie sind in  $\underline{20/7619}$  (bezieht sich u.a. auf  $\underline{20/6875}$ , und  $\underline{20/7632}$  bezieht sich auf  $\underline{20/6872}$ ) ebenfalls offiziell protokolliert. Zu der für den 07.07.2023 vorgesehenen 2. und 3. Lesung des Gesetzes ist es nicht gekommen, denn:

Das Bundesverfassungsgericht hat einem Eilantrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung stattgegeben und dem Deutschen Bundestag aufgegeben, die zweite und dritte Lesung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur "Änderung des Gebäudeenergiegesetzes und zur Änderung der Kehr- und Überprüfungsordnung" nicht innerhalb der laufenden Sitzungswoche durchzuführen. Der Antragsteller machte geltend, dass er sich durch das Gesetzgebungsverfahren in seinen Rechten als Mitglied des Deutschen Bundestages verletzt sieht. Die vom Bundesverfassungsgericht vorgenommene Folgenabwägung führt zu dem Ergebnis, dass die für den Erlass einer einstweiligen Anordnung sprechenden Gründe überwiegen (2BvE 4/23). Unter den besonderen Umständen des Einzelfalls überwiege das Interesse an der Vermeidung einer irreversiblen Verletzung der Beteiligungsrechte des Antragstellers aus Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG gegenüber dem Eingriff in die Verfahrensautonomie des Deutschen Bundestages, der die Umsetzung des Gesetzgebungsverfahrens lediglich verzögert.

Der langjährige ehemalige Direktor des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie in München, Florian Holsboer, warf Teilen der deutschen Öffentlichkeit vor, durch eine völlig übersteigerte Klima-Debatte bewusst irrationale Ängste zu schüren. Diese bei vor allem jungen Menschen besonders wirksame Manipulation gefährde Mensch und Demokratie. Die "Wissenschaft", auf die sich Politik und Klimaschützer dabei berufen, gebe es in dem Fall jedoch nicht. Es gebe nur fehlbare Modellrechnungen, die einen Zusammenhang zwischen einer CO<sub>2</sub>-Erhöhung und dem Klimawandel herzustellen versuchen. Holsboer bezweifelt, dass man so etwas Komplexes wie die Klimaentwicklung auf die Konzentration eines einzigen Gasmoleküls, das CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre, reduzieren könne. Er macht "stark ideologiegetriebene Kräfte in der Politik" für die Nutzung von Angst dafür verantwortlich, dass das Thema Klima zum Herunterfahren der Demokratie genutzt werde.

<u>Sachliche Informationen zum Thema Klimawandel</u>, ohne weitergehende politische Absichten, hat Christian Fischer auf seiner Internetseite zusammengestellt.

<u>Fee Strieffler, Jq. 1954</u>, und <u>Wolfgang Jung</u>, <u>Jg. 1938</u>, haben <u>von 2004 bis 2021 die "Luftpost"</u> (Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein) herausgegeben. <u>Jung klagte gegen die Bundesregierung</u> wegen der verfassungs- und völkerrechtswidrigen Nutzung der US-Air-Base Ramstein. (Red.)

<u>Christian Fischer</u>, Jg. 1951, promovierter Ingenieur, zahlreiche Fachpublikationen in Bauphysik; politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften 'Zeit-Fragen', 'Zeitgeist.online'; Redaktionsmitglied beim 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)

Inhalt û

# • Bündnis Klinikrettung: **Stoppen Sie Lauterbachs katastrophale Reformpläne – für eine echte Krankenhausrevolution**

Das Bündnis Klinikrettung fordert mit seiner Petition von den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses und den Ministerpräsidenten der Bundesländer, die DRG-Fallpauschalen durch Finanzierung der Selbstkosten zu ersetzen, ein Renditeverbot in der Krankenhausversorgung und eine Struktur der Krankenhausversorgung, dass alle Menschen binnen 30 Minuten ein Allgemeinkrankenhaus mit mindestens den Bereichen Innere Medizin, Chirurgie, Gynäkologie, Geburtshilfe, Intensivmedizin und Basisnotfallversorgung erreichen können.

Mit der Bundestags-Petition 152350 wird vom Bundestag gefordert, für eine <u>adäquate</u> <u>Finanzierung der Haus- und Facharztpraxen zur Sicherung und Aufrechterhaltung der ambulanten Versorgung</u> zu sorgen. Statt Budgetierung und Pauschalen wird die Vergütung jeder erbrachten Leistung gefordert. Das Honorar muss die Praxisausgaben, unsere Arbeit und die unserer Angestellten decken. Bürokratie muss abgebaut werden. Eine sinnvolle kostenneutrale Digitalisierung soll eingeführt werden.

Das <u>Bündnis Klinikrettunq</u> ist eine Arbeitsgruppe des Vereins <u>Gemeingut in BürgerInnenhand</u> <u>e.V.</u>; dieser wurde 2010 gegründet und setzt sich dafür ein, dass Schulgebäude, Wasserleitungen, Krankenhäuser und öffentliche Verkehrsmittel dem Gemeinwohl dienen und nicht Spekulationsobjekte privater Investoren sind. (Red.)

Inhalt û